

---

-----

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

die letzte Ausgabe des Rundbriefes in diesem Jahr beinhaltet gleich drei Berichte über und aus Papua-Neuguinea. Zum Auftakt beschreibt Roland Seib die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate. Nach politischen Unruhen im Frühjahr sorgten Ende November geheim mitgeschnittene Videobänder für eine erneute Regierungskrise. Der australische Fernsehsender ABC hatte Bilder ausgestrahlt, die die Anordnung zur Zahlung von Bestechungsgeldern durch den amtierenden Premierminister Bill Skate dokumentierten. Er selbst hatte sich als "Pate" krimineller Banden seines Landes bezeichnet. Skate sah sich Rücktrittsforderungen gegenüber und die regierende Koalition drohte auseinanderzubrechen. Damit nicht genug: Noch immer sind zahlreiche Menschen Papua-Neuguineas von Hunger und Dürre bedroht. Wolfgang Wendt berichtet über die gegenwärtige Situation und die inzwischen laufenden Hilfsaktionen vor Ort. Positive Meldungen kommen aus Bougainville. Friedensverhandlungen haben eine erneute Waffenruhe und die Entsendung einer internationalen Friedenstruppe auf die seit nunmehr zehn Jahren um Unabhängigkeit kämpfende Insel bewirkt. Volker Böge faßt die Verhandlungsergebnisse zusammen und gibt einen Ausblick bezüglich der Chancen auf einen dauerhaften Frieden auf Bougainville.

Mit der Einladung zur Mitgliederversammlung des Pazifik Netzwerk e.V., die im Rahmen des Seminars "Ohne Moos nix los" vom 13. bis 15. März 1998 in Darmstadt abgehalten wird, sowie einer Buchbesprechung und verschiedenen Literaturvorschlägen schließt diese RUNDBRIEF-Ausgabe.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen/Euch

## Berichte

# **Rohstoffboom und gesellschaftliche Konflikte in Papua-Neuguinea - Parlamentswahlen als Lösung und Neuanfang?**

*Während das 1975 von Australien in die Unabhängigkeit entlassene Papua-Neuguinea noch in den 80er Jahren einen mit großen Modernisierungshoffnungen verbundenen einzigartigen Rohstoffboom erfuhr, ist mittlerweile Ernüchterung eingeleitet. Mit Gewalt ausgetragene Verteilungskonflikte um die immensen Bergbauressourcen, durch nahezu alle Gesellschaftsschichten gehende Korruption und Mißwirtschaft sowie Kriminalität und wiederaufbrechende Stammesrivalitäten bestimmen immer mehr den Alltag. Die von Australien übernommene beispielhafte Infrastruktur verrottet. Bisher unbekanntes Elend breitet sich aus. Das Land taumelt von Krise zu Krise.*

Mit etwa 4,3 Millionen Einwohnern ist Papua-Neuguinea (PNG) der größte Inselstaat des Südpazifiks. Das Land ist sowohl geographisch als auch linguistisch extrem fragmentiert. Über 800 Ethnien mit eigenen Sprachen existieren. Bis heute sind 97% des Landes im traditionellen Besitz der Gruppen. Die den weitverbreiteten Cash-Crop-Anbau von vor allem Kaffee ergänzende Subsistenzproduktion und das ländliche Leben bilden bis heute für die Mehrheit der Bevölkerung noch die vorherrschende Lebensgrundlage. Jedoch führen die das Land überflutenden westlichen Konsum- und Wertemuster immer mehr zur Erosion der traditionellen Stammesidentitäten.

Papua-Neuguinea blieb bis in die 60er Jahre dieses Jahrhunderts eine von Auslandseinflüssen weitgehend unangetastete egalitäre Agrargesellschaft. Mit der fast ungewollten Entlassung des Landes in die Unabhängigkeit im Jahr 1975 erfolgte die Übernahme des kolonialen Staates durch die junge Bildungselite. Diese entwarf einen Entwicklungsweg, der auf der Nutzung der natürlichen Ressourcen des Landes zugunsten einer primär ländlichen Entwicklung basieren sollte.

### **Bergbauboom und sozio-ökonomische Differenzierung**

Tatsächlich vollzog sich in den 80er Jahren im Land ein auch im internationalen Vergleich beispielloser Bergbauboom. Der Gold- und Kupferabbau für den Weltmarkt wurde schnell zum dominierenden Wirtschaftssektor. Mittlerweile hat die Ölförderung den Bergbau als wichtigster Devisenbringer abgelöst. Die Öl- und Gasvorkommen des Landes werden zu den größten der südlichen Hemisphäre gerechnet.

Selbst Anthropologen zeichnen wohlwollend den Traum des das südliche Hochland besiedelnden 100.000 köpfigen Huli-Stammes nach, angesichts der Funde zu einem aus Millionären bestehenden Ölscheichtum aufzusteigen. Erhebliche Zweifel sind angebracht. Schon bei heutigen Projekten sind Konflikte der Landbesitzer um Entschädigungen, Gebietsansprüche, interne Fehden und Mißbrauch der millionenhohen Kompensationszahlungen die Regel.

Die Expansion des Bergbausektors korreliert mit dem ungebremsten Ausbau des Regierungs- und Verwaltungsapparates. Innerhalb von weniger als zwei Dekaden ist der öffentliche Sektor PNGs zu einem Rentier-Staat verkommen, dessen immense Exporterlöse der politischen Elite wie auch der aufgeblähten Bürokratie die Existenz sichern. Korruption, bis zur Unabhängigkeit unbekannt, sowie Mißbrauch und Mißmanagement sind mittlerweile zu den bestimmenden Strukturmerkmalen geworden. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die nach dem Regierungsviertel der Hauptstadt benannte "Waigani-Elite" zu den größten Immobilieninvestoren des angrenzenden australischen Bundesstaates Queensland zählt.

Der 62.000 köpfige Staatsapparat wiederum zeichnet sich durch mangelnde Ausbildung der Beschäftigten, fehlende Motivation, Kompetenz und Effizienz, durch Mißwirtschaft aber auch durch unzureichende Budgets und nichtvorhandene Kontinuität aufgrund häufiger politisch motivierter Führungswechsel aus.

Dagegen sind staatliche Dienstleistungen im ländlichen Raum weitgehend nichtexistent oder im Niedergang begriffen. Aber auch die großen Kirchen, die mit ihren Hospitälern, Gesundheitsposten und Primärschulen noch immer einen wesentlichen Beitrag zur Basisversorgung leisten, waren in diesem Jahr gezwungen, viele ihrer Einrichtungen zu schließen. Die Regierung sah sich nicht imstande, die Mittel für Gehälter und Medikamente zu überweisen.

Hinzu kommt der mit der politischen Sphäre eng verwobene Bereich der Privatwirtschaft, der zumindest in der Vergangenheit durch vom Weltmarkt abgeschottete Produktionsbereiche auf Kosten höherer Konsumentenpreise unbedrohte Profite realisieren konnte. Der in den letzten Jahren erfolgte

Versuch der Öffnung des Landes gegenüber südostasiatischen Investoren darf schon jetzt als gescheitert angesehen werden. Diese als "look-north"-Politik bezeichnete partielle Deregulierung der Ökonomie ist mitverantwortlich für das Entstehen einer "business mafia" (so jüngst der militärische Nachrichtendienst), die mit Hilfe von Schmiergeldzahlungen ihre Interessen durchzusetzen weiß.

### **Bougainville-Konflikt und Söldnerkrise**

In diesem Klima der inkohärenten sozio-ökonomischen Differenzierung ist es nicht verwunderlich, daß die Bevölkerung nicht mehr bereit ist, angesichts der Ausbeutung des Ressourcenreichtums und der damit verbundenen ökologischen Degradation vielfach nur mit "peanuts" abgespeist zu werden. Der Konflikt um die Kupfermine Panguna auf der geographisch und kulturell den Salomonen zugehörenden Insel Bougainville ist Ausdruck dieses Protestpotentials. Die Mine, noch unter australischer Kontrolle Anfang der 70er Jahre in Betrieb gegangen und daher kaum mit neueren Rohstoffprojekten in PNG vergleichbar, führte zu erheblichen Veränderungen der Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung.

Nachdem Forderungen der landbesitzenden Clans nach höherer Kompensation über Jahre vom australischen Betreiber und der nationalen Regierung als Anteilseigner ungehört blieben, eskalierten sporadische Sabotagemaßnahmen im Jahr 1988 zu einem regelrechten Guerillakrieg. Seitdem ist die Mine geschlossen. Auf der Insel herrscht Ausnahmezustand.

Gegenüber stehen sich die auf Unabhängigkeit des Territoriums insistierenden Rebellen der Bougainville Revolutionary Army (BRA) und deren Übergangsregierung (BIG) sowie die von der Zentralregierung entsandten Streitkräfte, die von BRA-abgespaltenen Widerstandskämpfern unterstützt werden. Die Lage ist heute unüberschaubarer als noch vor 1993, da es die BRA als monolithischen Block nicht mehr gibt. Es handelt sich eher um kleine, lokal agierende Gruppen mit loseem Kontakt zur Führung. Hinzu kamen aber auch kriminelle Banden, deren Treiben nur schwer von dem der BRA zu unterscheiden ist.

Geschätzte 10.000 Opfer sind bis heute allein unter der Zivilbevölkerung als Folge der Blockadepolitik der Zentralregierung wie auch der Gewalthandlungen zu beklagen. Menschenrechtsverletzungen sind eher die Regel denn die Ausnahme.

Auf beiden Seiten dominierten bisher die Hardliner. Für die zentrale Regierung ist eine Abspaltung der Provinz undenkbar. Sie könnte - durchaus nachvollziehbar - in anderen Inselprovinzen und Festlandregionen einen Dominoeffekt auslösen und das fragile Konstrukt 'nationaler Staat' ganz zum Einsturz bringen. Für den selbsternannten BRA-Führer Francis Ona hingegen

hat die Unabhängigkeit der "Republik Mekamu" Priorität. Sollte sich die Mehrheit der Provinzbewohner bei dem geforderten Referendum gegen eine Sezession entscheiden, hätte diese, so Ona, die Insel Richtung Festland zu verlassen.

Angesichts der starren Positionen sind bisher alle Friedensbemühungen gescheitert. Die Regierung in der Hauptstadt Port Moresby heuerte nun im Februar das britische Unternehmen Sandline an, das auf die Lösung lokaler, auf Rohstoffausbeutung beruhender Krisenherde spezialisiert ist. Über 60 britische und südafrikanische im Kriegsgeschäft erfahrene Spezialisten reisten ein, um aus der heruntergekommenen Armee eine schlagkräftige Spezialeinheit zusammenzustellen. Mittels mitgebrachtem Hightech-Equipment sollten die "Kriminellen" der BRA auf der Insel neutralisiert und die für den Landeshaushalt immens einträgliche Mine zurückerobert werden.

Die Bekanntmachung des 36 Millionen US\$ Deals durch australische Medien stürzte PNG, das sich gerade einigermaßen von dem Fast-Bankrott des Staates im Jahr 1994 erholt hat, für vierzehn Tage in die bisher schwerste innenpolitische Krise seines Bestehens. Auslöser war der Oberkommandierende der PNG-Streitkräfte Singirok, der vor versammelter Presse die Stornierung des Vertrages, die sofortige Abschiebung der "hired guns" und den umgehenden Rücktritt der verantwortlichen Regierungsspitze forderte. Das Wort Militärputsch geisterte weltweit durch die Medien.

Gerade weil sich Politik für die Durchschnittsbevölkerung in Korruption und Bereicherung der politischen Führung ausdrückt, bot dies die Gelegenheit, ebenfalls zuzugreifen. Eine Welle öffentlicher Unruhen und Plünderungen überzog daraufhin die Städte. Die australische Armee wurde in Alarmbereitschaft versetzt und die ersten Mitarbeiter internationaler Firmen abgezogen.

Der Druck von Teilen des Militärs unterstützt durch Nichtregierungsorganisationen und Studenten sowie vor allem der unpolitische Aufruhr der Straße führte schließlich zum Erfolg. Premierminister Julius Chan sowie der ebenfalls involvierte Finanz- und der Verteidigungsminister traten "beiseite", von der Öffentlichkeit als Rücktritt interpretiert, um einem von Chan selbst eingesetzten Untersuchungsausschuß freies Feld zu gewähren. Die "killers-for-cash" wurden ausgeflogen. Das öffentliche Leben kehrte wieder zur Normalität zurück.

Nachdem der Untersuchungsausschuß keine Belege für die vermutete Korruption finden konnte, nur Finanzminister Haiveta wurden neben ungesetzlichen finanziellen Tricks "unwahre" Aussagen attestiert, kehrten die Minister im Juni aus ihrem von niemand in Frage gestellten "Urlaubs-" oder

"Abwesenheitsstatus" zurück in ihre Ämter. Die Bevölkerung schien dies angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen kaum noch zu interessieren.

Hintergrund und Motive der vom Volk zu Helden erkorenen federführenden Offiziersgruppe blieben bis heute weitgehend im Dunkeln. Deutlich ist, daß der Aufstand wenig mit ethischen oder moralischen Argumenten zu tun hat. Die 3.500 Mann starke Truppe, primär für die innere Sicherheit zuständig, ist in jeglicher Hinsicht in desolatem Zustand. Fehlende Disziplin und Gemeinschaftsgeist aufgrund ethnischer Spaltung sowie mangelnder Professionalismus und Rivalitäten im Offizierskorps sind an der Tagesordnung.

Der normale Soldat wird schlecht ausgebildet und ausgerüstet für 30 DM Sold pro Tag in Bougainville verheizt. Hunger aufgrund leerer Kantinen ist für viele selbst in städtischen Kasernen kein Ausnahmefall. Da ist es kaum einzusehen, warum ausländische "Söldner" entsprechend ihrem Dienstgrad mit bis zu 18.000 US\$ Sold monatlich bezahlt werden. Zumindest dem die Affäre auslösenden Oberkommandierenden, von Chan umgehend aus der Armee entlassen und für Monate nach Australien abgetaucht, konnte mittlerweile nachgewiesen werden, 87.000 DM von einem mit Sandline konkurrierenden Londoner Waffendealer erhalten zu haben.

Abgesehen von der fehlenden Loyalität gegenüber Verfassung und Demokratie war das gesamte Vorgehen der Militärs inakzeptabel. Nicht nur wurden sich neutral verhaltende Offiziere mit der Waffe auf Linie gebracht, auch der unbehinderte Terror zivilgekleideter Elitesoldaten gegen Politiker und deren Angestellte ließ eher einen Putsch vermuten.

Die von Soldaten mit Waffengewalt durchgeführte Befreiung eines führenden Anti-Sandline-Offiziers aus dem Polizeigefängnis, er saß wegen Manipulation der Parlamentswahlen ein, und die folgende Arrestierung des neuernannten Oberbefehlshabers brachten eine neue Qualität an Selbstbewußtsein einiger Militärs zum Ausdruck. Dieses wird künftig - unabhängig von der geforderten Generalamnestie für alle Sandlinebeteiligten - einen erheblichen Unsicherheitsfaktor darstellen, auch wenn ein Coup d'Etat aufgrund der ethnischen Vielfalt keine Chance auf Bestand hätte.

Die ins Amt zurückgekehrte Staatsspitze sah keinerlei Anlaß zur Demission. Gerade deswegen war die Kandidatur führender NGO-Unabhängiger mit rigoroser anti-Regierungshaltung vielversprechend. Gegen die "dreckige Politik" der Regierungskoalition wurde ein "neuer Weg, eine neue Vision und ein Wiederaufbau der Nation" eingefordert. Damit schien erstmals seit der Unabhängigkeit des Landes ein Bruch mit der Vergangenheit und ein Neuanfang an Ehrlichkeit, Integrität und Transparenz möglich.

### **Parlamentswahlen als Neuanfang?**

Der Wahlkampf und die vierwöchigen Wahlen verliefen in Städten und Inselregionen ungewöhnlich ruhig. Das bevölkerungsreiche Hochland dagegen war von Demonstrationen, Unruhen, ethnischen Zusammenstößen und Zerstörung geprägt. Politische Drohungen und Morde sowie Manipulationen wie Stimmenkauf, Mehrfachabstimmungen und Urnen-diebstahl waren die Regel.

1.555 Männer und 55 Frauen konkurrierten um die 109 Parlamentssitze. Politische Inhalte und Ideologien spielen in PNG weitgehend keine Rolle. Die Bevölkerung ist aufgrund der fehlenden Gemeinsamkeiten kultureller Tradition ethnien- und regionenorientiert. Ein Verständnis demokratisch-institutioneller Prozeduren ist kaum entwickelt. Für die meisten Bewerber wird Politik als Weg gesehen, sich Macht, Status und Privilegien anzueignen. Ein Clanmitglied im Parlament erhöht den Status des Stammes und sichert Ressourcen. Aber auch Clanunabhängige suchen ihre Chance über Stimmenkauf mit Hilfe von Geld, Bier oder Schweinen zu realisieren.

Angesichts der einfachen Mehrheitswahl führt die große Zahl der Kandidaten dazu, daß im Parlament jeweils nur eine kleine Bevölkerungsminorität repräsentiert wird. Die Folge sind monatelange Stammeskonflikte sowie derzeit Anfechtungsklagen von 80 Mandaten, die mit Betrug bis zum Einsatz bösen Geisterzaubers begründet werden.

Überraschendes Ergebnis war die Nichtwahl des in die Sandline-Affäre verwickelten Regierungschefs Chan und des Verteidigungsministers sowie einiger anderer, die PNG-Politik seit Jahrzehnten bestimmenden Politiker. Nach zehn Jahren Abstinenz vom Parlament wurden erstmals auch wieder zwei Frauen gewählt. Mitglieder einer integren Unabhängigengruppe um Peti Lafanama, Generalsekretär der NGO `Melanesische Solidarität`, erhielten ebenfalls die Stimmenmehrheit.

Trotz dieser positiven Entwicklung begann schon kurz nach Wahlbeginn Mitte Juni der übliche "Pferdehandel" um den künftigen Regierungschef. Die Parteien bemühen sich, über die Zuteilung der 28 Ressorts zuzüglich Vizeministerien und anderer lukrativer Posten Koalitionen herzustellen und Unabhängige an sich zu binden. Aussichtsreichster Kandidat war diesmal der sogenannte "Vater der Nation" und mehrmalige Premierminister Michael Somare, der auch kritische Intellektuelle wie Bernard Narokobi und Steven Pokawin um sich scharen konnte.



Für die Regierungsbildung ausschlaggebend war schließlich der unabhängige NGO-Block um Lafanama und den Priester Robert Lak, die den früher in fragwürdige Deals verwickelten Somare ablehnten und stattdessen den Port Moresby-Gouverneur Bill Skate als Premier favorisierten. Da die Somare-Gruppe somit als Koalition nicht zur Verfügung stand, gingen sie eine Koalition mit den früheren Regierungsparteien ein. Als Ironie der Geschichte darf gewertet werden, daß dank der jetzt Regierungsämter bekleidenden NGO-Repräsentanten der am schwersten belastete Ex-Vizepremier und Finanzminister Haiveta erneut als zweiter Mann des Staates und Seniorminister reüssiert.

### **Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung**

Das Verhalten der NGO-Mitglieder führte zu erheblicher Unruhe und dürfte den Zynismus gegen Amtsinhaber und den Trend zur Nichtwiederwahl von Abgeordneten nur noch verstärken. Zumindest ein Versprechen der Aktivisten wurde eingelöst: ein weiterer Untersuchungsausschuß bemüht sich, erneut Licht in die Sandline-Affäre zu bringen.

Auch brachten im Oktober die von Neuseeland und Australien forcierten Bougainville-Friedensverhandlungen einen ersten großen Erfolg. Gegen den expliziten Widerstand des nicht anwesenden Guerillachefs Ona unterzeichneten Regierungs- und Rebellenvertreter nahe der neuseeländischen Stadt Christchurch eine Waffenruhe. Zudem wurde über eine neutrale Friedensmission und die Demilitarisierung der Insel verhandelt. In der Nacht zum 24. Oktober schließlich hob die Armeeführung alle Beschränkungen auf. Die Blockade ist damit beseitigt, die Insel wieder für jedermann frei zugänglich. Allerorten wird eine regelrechte Euphorie der Bevölkerung beobachtet.

Der Zyklus der Gewalt scheint durchbrochen und das Ziel Harmonie und Versöhnung in Reichweite. Trotzdem sind Zweifel angebracht, ob ein dauerhafter Frieden und Interessensausgleich möglich ist. Die jetzt wieder an die Macht gelangte Regierungskoalition hatte erst vor zwei Jahren das System gewählter Provinzregierungen zugunsten eigener Einflußsphären und Gouverneursposten abgeschafft. Aufgrund dieser politischen und administrativen Zentralisierung ist es nicht erkennbar, wie eine Eigenständigkeit und (relative) Unabhängigkeit der Insel realisiert werden könnte.

Auch hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung stehen die Zeichen eher auf Sturm. Der im Zeitraffer weniger Generationen erfolgte Übergang von isolierten Stammesgesellschaften zum global vernetzten Kapitalismus, der Konflikt zwischen vernachlässigter und sich auflösender

ländlicher Traditionalität versus Modernität und Individualität sowie die extrem ungleiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung haben eine kaum noch zu kontrollierende Krisendynamik in Gang gesetzt.

Die gesellschaftliche Desintegration schlägt sich in wohlorganisierten kriminellen Banden, in zunehmend mit modernen Waffen ausgetragenen ethnischen Konflikten und in exzessiven, mit Gewalt durchgesetzten Kompensationsforderungen gegen öffentliche und private Einrichtungen nieder. Sich als Warlords gerierende "big-men" sind in ländlichen Gebieten keine Seltenheit mehr. Eine Verrohung und Brutalisierung der Umgangsformen ist zu beobachten.

Der erklärte "Krieg gegen die [kriminellen] Tiere", so ein Gericht in seiner Urteilsbegründung, und der vom höchsten Staatsrepräsentanten zum letzten alljährlichen Unabhängigkeitstag ausgerufene "Krieg gegen die Korruption" scheint schon jetzt trotz der drastischen Wortwahl verloren.

Aktuell aber überwiegt der pure Überlebenskampf. Über 540.000 Menschen hungern aufgrund der seit Monaten anhaltenden Dürre, vermutlich eine Auswirkung des von Südamerika ausstrahlenden, den Pazifik erwärmenden El Nino-Effekts. Sowohl die Subsistenzversorgung, der Cash-crop-Anbau wie auch die von Wasser abhängigen Bergwerke und damit die Revenuebasis des Staates sind betroffen. PNG wird auch in den kommenden Jahren kaum zur Ruhe kommen. (*Erweiterte Fassung eines in "der überblick" Nr. 4/97 erschienenen Beitrags.*)

Roland Seib, Goroka

## **Demokratie am Scheideweg oder Politik als Farce -**

### **ein Nachtrag zur aktuellen Krise in Papua-Neuguinea**

Die jüngste politische Krise in Papua-Neuguinea scheint ausgestanden. Der mit Bestechungsversuchen und der Beteiligung an einem Mord belastete Premierminister Bill Skate sitzt nach 14 Tagen intensiver Diskussionen hinter den Kulissen fester denn je im Amt. Darüber hinaus verfügt seine Regierungskoalition über mehr Parteien und Abgeordnete als zuvor. Soweit zumindest der Stand nach der letzten Parlamentssitzung vor den Weihnachtsferien.

Auslöser der schweren Turbulenzen war die Ausstrahlung geheim mitgeschnittener Videos am 26. November durch die australische ABC. Die Filme dokumentieren Skates autorisierte Zahlung von 27.000 Kina an vier Minister und 12 parlamentarische Hinterbänkler sowie die Übergabe von

2.000 Kina an den Minister für Öffentliche Angelegenheiten, Thomas Pelika, die dieser an die "lokale Presse" weiterleiten sollte.

Noch schwerer wiegt das dritte ebenfalls von ABC einige Tage später ausgestrahlte Video. Es zeigt den sich als einzigen "Godfather" (aus dem Mafiajargon entlehnter Begriff für den Paten) der Kriminellen brüstenden Regierungschef, dessen "gang" auf seinen Befehl hin jeden töten würde. Auch ein praktisches Beispiel wird von ihm angeführt: Nachdem auf ihn geschossen worden sei, hätten er und seine Männer den Angreifer außerhalb der Hauptstadt "in Stücke geschnitten".

Beide Videos wurden im Büro und Beisein des dubiosen Regierungsberaters und Geschäftsmannes Mujo Sefa mitgeschnitten. Sefa, rumänischer Emigrant mit australischem Paß und Manager einer Rohrfabrik in Port Moresby, verfügt über ausgezeichnete Kontakte zu PNG-Politikern jeglicher Couleur. Er stand schon in der Söldneraffäre aufgrund bester Beziehungen zum vorherigen Premierminister Julius Chan insbesondere gegenüber Journalisten in vorderster Front. Mit der Abwahl Chans wechselte er als Freund und Berater zu Skate über. Der erhoffte Job als dessen Bürochef ist ihm allerdings verwehrt worden.

Die Ausstrahlung des Videos hat zu breitem Entsetzen in der Öffentlichkeit geführt. Angesichts der Sandline-Erfahrungen ist die Armee von ihrer Führung mehrmals aufgefordert worden, Ruhe zu bewahren und in den Kasernen zu bleiben. Auch die Bürokratie wurde dazu verdonnert, sich aus den politischen Querelen herauszuhalten.

Erster Beschwichtigungsversuch des vom APEC-Gipfel in Vancouver zurückkehrenden Skate war die Entlassung seines Vize-Premiers Haiveta (Führer der *Pangu Pati*) und des Landwirtschaftsministers Baing (Führer der *People's Progress Party/ PPP*) wegen Intrigierens. Beide waren an den im Video festgehaltenen Treffen beteiligt, tauchten in der ersten Ausstrahlung aber nicht auf. Zudem wurde von Skate auf den erst kürzlich im Parlament veröffentlichten Untersuchungsbericht über den Konservatoriums-Deal in Cairns im Jahr 1994 verwiesen. Der Kauf des Gebäudekomplexes durch den staatlichen Pensionsfonds ging aufgrund des Drucks politischer Kreise in Port Moresby für 18,72 Millionen australische Dollar über die Bühne. Nach unabhängigen Schätzungen betrug der Marktwert aber nur 5,7 bis höchstens 8 Millionen. Beträge in Millionenhöhe sollen anschließend im Hintergrund verteilt worden sein. Bis heute steht der Bau weitgehend leer.

Mit dem Argument, der einzig wahre Verfechter eines strikten Anti-Korruptionskurses zu sein, gelang es Skate nicht nur, die Rücktrittsforderungen auszusitzen, sondern auch mit Rückendeckung der Unabhängigengruppe die Koalition wieder zu festigen und sogar noch auszuweiten. Diese Abgeordneten um den Priester Robert Lak und andere

NGO-Repräsentanten waren führend am Zustandekommen der jetzigen Regierungskoalition aus Skates Partei *People`s National Congress* und der *People`s Democratic Movement* sowie den im Frühjahr durch die Söldnerkrise schwer belasteten Regierungsparteien *Pangu* und *PPP* beteiligt. Zudem schloß sich Skate nun eine aus 12 Hochlandabgeordneten bestehende neugegründete *United Peoples Resources Party* an. Ihr Führer, Ex-Finanzminister Roy Yaki, war erst im September von Skate wegen Illoyalität aus dem Amt gejagt worden.

Rückblickend ist die Affäre nur ein Höhepunkt unter vielen. Dem Chronisten fällt es schwer, angesichts der Krisen in Dokumentation und Analyse zu folgen. Die jetzige belegt einmal mehr, daß das politische System Papua-Neuguineas in den letzten Jahren zu einer Farce degeneriert ist, in dem ethische Grundsätze sowie die Rücksichtnahme auf Amt und Verfassung absolut keine Relevanz haben bzw. schlicht ignoriert werden. Wieder einmal ist offensichtlich, daß für die große Mehrheit der Parlamentarier nur die Beteiligung an der Regierung maßgeblich ist, die dem Einzelnen genügend Entscheidungs- und Verteilungsfreiraum über staatliche Mittel ermöglicht.

Die kritische Öffentlichkeit an Presse, Intellektuellen und Nichtregierungsverbänden ist dagegen - soweit nicht selbst involviert - viel zu schwach, Druck hin auf qualitative Veränderungen auszuüben. Zu kritisieren ist aber auch die in vorderster Front der Skate-Kritiker stehende kleine Parlamentsopposition mit ihrem Führer Bernard Narakobi, der angesichts des (scheinbaren) Rücktritts der *Pangu Pati* aus der Regierungskoalition dieser umgehend die gemeinsame Bildung einer neuen Regierung anbot (mittlerweile ist Haiveta und seine Partei wieder in der Koalition, alle Vorwürfe sind obsolet). Auch in diesem Kreis scheinen die in der Söldner-Krise gemachten Erfahrungen mit der Partei schon vergessen. (Stand: 10. Dezember 1997; Quellen: ABC-TV, EM-TV, Post-Courier, National, Independent)

Roland Seib, Goroka

## **"Bougainville - Silberstreif am Horizont"**

### **Waffen schweigen - Kriegsparteien reden wieder miteinander**

Gegenwärtig wird wieder einmal ein Anlauf gemacht, den nunmehr bereits neun Jahre währenden Krieg auf Bougainville zu beenden und zu einer Friedenslösung zu kommen. Seit dem Sommer haben sich mehrfach Vertreter der Kriegsparteien zu Gesprächen auf Neuseeland getroffen, und für den Januar 1998 werden Verhandlungen auf höchster Ebene angepeilt. Dennoch bleibt Skepsis angebracht, sind doch in den letzten Jahren bereits mehrfach ähnlich hoffnungsvolle Ansätze zur Kriegsbeendigung gescheitert.

Noch im Frühjahr diesen Jahres sah es so aus, als ob eine Beendigung des Krieges auf Bougainville in absehbarer Zeit undenkbar wäre. Ein Versuch der Zentralregierung Papua-Neuguineas (PNG) unter dem damaligen Premierminister Chan, mit Hilfe ausländischer Söldner die Bougainville Revolutionary Army (BRA), die für die Unabhängigkeit der Insel kämpft, zu zerschlagen und die Panguna-Kupfermine, um die der Krieg ganz wesentlich geführt wird, zurückzuerobern, scheiterte kläglich: Massenproteste der Bevölkerung PNGs, unterstützt von Teilen der kriegsmüden papuanischen Armee, führten zum Sturz der Regierung und der Ausweisung der Söldnertruppe. Das stärkte indirekt die Position der BRA, die ohnehin durch entscheidende militärische Erfolge gegen die Streitkräfte der Zentralregierung im Sommer 1996 in die Offensive gekommen war. Die Truppen der Zentralregierung waren offensichtlich demoralisiert und nicht mehr zu größeren militärischen Operationen in der Lage. Aber sie saßen gleichwohl immer noch auf der Insel, und die BRA war nach wie vor nicht stark genug, sie vollends zu vertreiben, zumal letztere nach wie vor von Australien militärisch unterstützt wurden. So drohte sich der Krieg, dem mittlerweile mehr als 10.000 Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung Bougainvilles von rund 160.000 Einwohnern) zum Opfer gefallen sind, auf niedrigerer Stufenleiter endlos fortzuschleppen. Die BRA kontrollierte die ländlichen Gebiete des Südens und des Zentrums der Insel, die Regierungstruppen den Norden, die Nachbarinsel Buka und die größeren Ortschaften.

Bewegung in die erstarrten Fronten kam durch die Wahlen in PNG im Juni, die Abwahl der Regierung Chan und den Amtsantritt einer neuen Regierung unter Premierminister Bill Skate im Juli, in der sich eine merkwürdige Koalition der alten Chan-Leute und neuer Kräfte aus dem Lager der Nichtregierungsorganisationen und Parteien, die zuvor die Massenproteste gegen die Söldner getragen hatten, zusammenfand. Diese Regierung bekannte sich zu einer "friedlichen Lösung" auf Bougainville, und um diesen Beteuerungen Nachdruck zu verleihen, wurde erstmals ein Bougainville-Minister eingesetzt, der sich ausschließlich mit dieser Frage befassen soll (dabei handelt es sich um den aus Bougainville stammenden Abgeordneten des papuanischen Parlaments Sam Akoitai), und es wurde geduldet, daß sich Vertreter der mit der Zentralregierung kollaborierenden Provinzregierung Bougainvilles (Bougainville Transitional Government - BTG) zu Gesprächen mit den Aufständischen zusammenfanden.

Auch die BRA und ihr politischer Zweig, das Bougainville Interim Government (BIG), waren zu solchen Gesprächen bereit. Man war nach der Veränderung der Machtverhältnisse in PNG willens, den Friedenswillen der neuen Kräfte auszutesten. Dazu hat sicher nicht zuletzt ein Prozeß persönlicher Vertrauensbildung zwischen dem Führer der Aufständischen, Francis Ona, und dem Abgeordneten John Momis, einem der "großen alten Männer" der Politik Bougainvilles und PNGs, beigetragen (Momis ist Bougainvillean und vertritt die Insel seit der Gründung PNGs 1975 im papuanischen

Nationalparlament). Momis war Anfang Juni bei einer Wahlkampfveranstaltung auf Bougainville von einer BRA-Einheit gekidnappt und in Onas Hauptquartier gebracht worden. Dort haben Momis und Ona tagelang miteinander geredet, und schließlich ist Momis von der BRA nach 16 Tagen wieder freigelassen worden. Momis und Ona äußerten danach, daß sie von der Aufrichtigkeit und dem Bestreben des anderen, zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu kommen, zutiefst überzeugt seien und daß sie gemeinsam alles daran setzen würden, eine solche Lösung tatsächlich herbeizuführen.

Auch wenn es Momis und seiner Partei, der Melanesian Alliance, nicht gelang, in der neuen Regierungskoalition vertreten zu sein, so hat er doch offensichtlich gewissen Einfluß auf die Politik der Regierung Skate in Sachen Bougainville. Dieser Einfluß kann in Richtung auf Verhandlungsbereitschaft wirken.

### **Der "Geist von Burnham"**

Durch die Vermittlung und die guten Dienste Neuseelands kam es im Juli und Oktober zu Gesprächen zwischen den Kriegsparteien. Vom 13. bis zum 15. Juni hatte es ein erstes informelles Treffen zwischen Vertretern des BIG, des BTG und der neuseeländischen Regierung in Neuseeland gegeben. Bei diesem Treffen wurden die Bedingungen für eine offizielle Gesprächsrunde zwischen BIG und BTG festgelegt. Diese fand vom 5. bis zum 18. Juli - also noch vor der Regierungsumbildung in PNG am 22. Juli - in Burnham, einer Basis der neuseeländischen Streitkräfte in der Nähe von Christchurch statt und endete mit der Unterzeichnung der sogenannten "Burnham Declaration" am 18. Juli. An den Gesprächen nahmen nicht nur Repräsentanten von BIG/BRA und BTG teil, sondern auch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, traditionelle Clan-Führer und vor allem auch Frauen aus verschiedenen Organisationen. Insgesamt waren rund 70 Bougainvilleans bei den Gesprächen zugegen. Die Zentralregierung PNG's und ihre Streitkräfte waren dagegen nicht repräsentiert. Die neuseeländische Regierung hatte für den sicheren Transport aller GesprächsteilnehmerInnen gesorgt und stellte die Infrastruktur, nahm aber selber an den Gesprächen nicht teil.

Von allen TeilnehmerInnen wurde "der Geist von Burnham" sehr gelobt; allenthalben wurde bekundet, daß man sich näher gekommen sei und wieder Vertrauen zueinander gefaßt habe. Die zum Abschluß der Gespräche verabschiedete Erklärung wurde daher auch als ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer dauerhaften Friedenslösung allseits begrüßt. In der Erklärung wurde vor allem festgehalten: der Wille zu Einheit und Versöhnung der verschiedenen politischen Kräfte Bougainvilles; die Einleitung eines

Verhandlungsprozesses zwischen den Führern Bougainvilles und der Regierung PNG's; die Einladung einer UN-Friedenstruppe nach Bougainville; ein Waffenstillstand auf Bougainville, sobald die Friedenstruppe eingetroffen ist; Demilitarisierung der Insel, insbesondere Abzug der papuanischen Streitkräfte und Aushändigung der Waffen der Bougainvilleans an die Friedenstruppen; Aufhebung der über die Insel verhängten Blockade; Vorkehrungen, die es den Menschen auf Bougainville erlauben, "frei und demokratisch als ein Volk ihr Recht wahrzunehmen, ihre politische Zukunft zu bestimmen". Unterzeichnet wurde die Burnham Declaration am 18. Juli von Joseph Kabui, Vizepräsident des BIG und Leiter der BIG/ BRA-Delegation, Sam Kauona, Oberbefehlshaber der BRA und Martin Miriori, internationaler Repräsentant des BIG sowie Gerard Sinato, Premier des BTG und Leiter der BTG-Delegation, sowie schließlich John Momis und Sam Akoitai (der wenig später Bougainville-Minister in der Regierung Skate wurde).

Als Zeichen des guten Willens ließ die BRA wenige Tage nach der Erklärung von Burnham fünf Soldaten der Regierungstruppen, die im September 1996 gefangen genommen worden waren, frei. Sie wurden von einem neuseeländischen Kriegsschiff übernommen und in ihre Heimat gebracht. Die neue papuanische Regierung begrüßte die Burnham Declaration und erklärte sich am 22. August bereit, an weiteren Gesprächen teilzunehmen. Bei einem Besuch auf Bougainville und Buka am 23. August bekannte sich der neue Premier Skate ausdrücklich zu einer friedlichen Lösung des Bougainville-Konflikts. Allerdings erklärte er nur wenige Tage später (am 28. August) die Unabhängigkeit für Bougainville für "nicht verhandelbar".

Ein großer politisch-diplomatischer Erfolg von BIG/ BRA war der Besuch des neuseeländischen Außenministers McKinnon auf Bougainville Ende August. McKinnon ging auch in das von der BRA kontrollierte "freie Bougainville" und sprach dort in Roveinang mit Spitzenvertretern von BIG und BRA. Gleichwohl blieb die politische Führung der Aufständischen skeptisch, insbesondere Francis Ona, der auf dem politischen Ziel der vollständigen Unabhängigkeit Bougainvilles insistierte. Insgesamt kann jedoch gesagt werden, daß die Burnham-Gespräche vom Juli zu einer deutlichen Verbesserung des politischen Klimas auf Bougainville und zwischen den Kontrahenten führten. Allenthalben griff der Wille zu einem friedenspolitischen Durchbruch Platz.

## **Burnham II**

In dieser Atmosphäre kam es dann auch im Oktober zu einer neuen Gesprächsrunde in Burnham. An Burnham II nahm nunmehr auch eine hochrangige offizielle Delegation aus PNG teil. Sie wurde geleitet vom Chef des Büros des Premierministers, Robert Igara, und auch der gegenwärtige Oberbefehlshaber der papuanischen Streitkräfte, General Niua (auch bekannt

als "Schlichter von Bougainville") war dabei. Insgesamt nahmen diesmal rund 100 Delegierte an den Gesprächen teil, darunter auch zahlreiche örtliche Kommandeure der BRA und der von den papuanischen Streitkräften gegen die BRA aufgestellten bougainvilleanschen "Resistance Forces". Bemerkenswert war auch, daß der Nachbarstaat Solomonen durch eine hochrangige Delegation vertreten war; sie hatte eigentlich nur Beobachter-Status, doch wurde ihr Leiter von allen Delegierten gebeten, als neutraler Dritter die Gespräche zu leiten.

Ergebnis der vom 1. bis 10. Oktober währenden Burnham-II-Gespräche war die Erklärung einer auf 90 Tage befristeten Waffenruhe auf Bougainville (Burnham Truce). Während dieser Zeit, nicht später als bis zum 31. Januar 1998, soll es zu Verhandlungen zwischen den höchsten politischen Führern beider Seiten kommen, bei denen über einen formalen Waffenstillstand, die Friedenstruppe für Bougainville und die Demilitarisierung der Insel entschieden werden soll. Die Erklärung der Waffenruhe vom 10. Oktober wurde nicht nur von den politischen und militärischen Spitzen der Parteien, als Miriori, Kauona, Igara und Nuia, sondern auch von den lokalen Kommandeuren der BRA und der Resistance unterzeichnet, was ihre Verbindlichkeit und praktische Implementierbarkeit zweifellos erhöht.

In Folge von Burnham I und II soll in diesen Tagen eine weitere Gesprächsrunde beginnen, auf der das Spitzentreffen für Januar 1998 vorbereitet werden soll. Gleichzeitig wird gegenwärtig auf Bougainville an der praktischen Umsetzung der Waffenruhe gearbeitet - offensichtlich mit einigem Erfolg. Auf der ganzen Insel läuft eine "peace awareness campaign"; aus vielen Inselteilen werden lokale Versöhnungszeremonien und Friedenstreffen, an denen sich Kämpfer von BRA und Resistance, papuanische Soldaten und Polizisten und die örtliche Bevölkerung beteiligen, gemeldet. Vielerorts werden lokale und regionale "Friedenskomitees" gebildet. Auch hat bereits - wie bei Burnham II verabredet - eine kleine "monitoring group", die die Einhaltung der Waffenruhe beobachten soll, die Insel besucht (sie besteht allerdings derzeit noch lediglich aus australischen und neuseeländischen Offizieren). Die Blockade der Insel und die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung wurden weitgehend aufgehoben; die Menschen können sich seit Jahren erstmals wieder ungehindert zwischen BRA-kontrollierten und Regierungstruppenkontrollierten Gebieten bewegen.

### **Dubiose Rolle Australiens**

Auch die australische Regierung hat den Burnham-Prozeß begrüßt und ihre Unterstützung zugesagt. Für die zweite Gesprächsrunde im Oktober hatte Australien den Transport von Delegierten übernommen. Offensichtlich



versucht die australische Regierung, einen Fuß in den Prozeß zu bekommen, nachdem er zunächst ohne sie - wohl aber mit neuseeländischer Hilfe - angelaufen war.

Australien ist ein zentraler Akteur für das Kriegsgeschehen auf Bougainville. Es hat jahrelang die papuanische Zentralregierung massiv unterstützt; die papuanischen Truppen wären ohne die Militärhilfe Australiens überhaupt nicht in der Lage gewesen, den Krieg auf Bougainville zu führen. Australisches Interesse ist Erhalt des Staates PNG in der Gestalt, wie er aus australischer kolonialer Abhängigkeit 1975 entlassen worden war, und Sicherung der Kapitalverwertungsinteressen der australischen Bergwerkskonzerne in PNG, darunter auch des Bergbaumultis CRA/ RTZ (Conzinc Riotinto of Australia/ Riotinto Zinc), der vor Kriegsausbruch auf Bougainville eine der weltgrößten Kupferminen betrieben hatte.

Allerseits scheint auf australischer Seite zur Zeit die Erkenntnis handlungsleitend, daß eine "militärische Lösung" des Problems nicht zu erreichen ist. Das hat sie auch in Widerspruch zur alten Regierung Chan gebracht: Die australische Regierung hat das Söldner-Abenteuer abgelehnt und in gewisser Weise auch sabotiert (die Öffentlichkeit erfuhr aus australischen Geheimdienstquellen über die Söldner-Pläne). Und jetzt verfolgt sie eine Linie der Unterstützung der "friedlichen Lösungsbemühungen". Bemerkenswert ist, daß sich der australische Außenminister Downer Ende August erstmals zu offiziellen Gesprächen mit einem Vertreter des BIG getroffen hat und es seither regelmäßige Kontakte zwischen BIG und australischem Außenministerium gibt, was einer faktischen Anerkennung der Aufständischen gleichkommt, die in den Jahren zuvor als "kriminelle und terroristische Elemente" denunziert worden waren.

Gleichwohl bleibt Skepsis gegenüber der australischen Haltung angebracht. Beteuerungen australischer Regierungsvertreter, daß es Australien lediglich um Frieden und Menschenrechte gehe und daß das Problem der Mine private Angelegenheit der Minenbetreiber sei, sind hochgradig unglaubwürdig. Auch die Tatsache, daß just nach Burnham II Australien und PNG ein neues Militärabkommen geschlossen haben, stimmt nachdenklich. Zwar haben australische und papuanische Regierung beteuert, daß dies nichts mit den Plänen zu einer Neuaufnahme des Krieges auf Bougainville zu tun habe und daß australische Militärs allenfalls zu Zwecken des zivilen "Wiederaufbaus" oder als Teil einer internationalen Friedenstruppe nach Bougainville gehen würden. Doch muß das auf seiten der Aufständischen mit Mißtrauen betrachtet werden. Schließlich haben BIG/ BRA mit Australien bisher schlechte Erfahrungen gemacht, nicht zuletzt auch beim vorletzten Versuch einer Friedenslösung für Bougainville im Herbst 1994, als eine damals aufgestellte internationale Friedenstruppe entgegen der ursprünglichen Vereinbarungen schließlich doch vom australischen Militär dominiert worden war. Etwas Ähnliches werden sich BIG/ BRA nicht noch

einmal bieten lassen.

Gleichwohl steht das Problem, daß man Australien als Vormacht der Region und als wichtigste Stütze PNG`s irgendwie in einen Friedensprozeß einbeziehen muß, wenn dieser auf Dauer erfolgreich sein soll. Und es ist auch klar, daß eine internationale Friedenstruppe kaum ohne eine gewisse australische (logistische) Unterstützung auskommen wird. Denn diese Friedenstruppe wird weitgehend von den pazifischen Nachbarn Bougainvilles und PNG`s gestellt werden müssen (die UN sind allenfalls zu einer Art "Schirmherrschaft" zu gewinnen) - und die sind allein zur Durchführung einer solchen Mission nicht in der Lage. Angesichts dessen wäre zu wünschen, daß sich Neuseeland, welches nicht so negativ belastet ist wie Australien, weiterhin in einem Friedensprozeß engagiert. Jedenfalls wird es auf seiten von BRA/ BIG großes politisch-taktisches Geschick brauchen, um mit dem Problem erfolgreich umzugehen.

Und schließlich sollte nicht vergessen werden, daß - selbst wenn der Burnham-Prozeß weiterhin positiv verläuft und es zu einem dauerhaften Waffenstillstand und zu einer international kontrollierten Demilitarisierung der Insel sowie zu substantiellen Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien kommt - die zentralen politischen Fragen immer noch einer Lösung bedürfen: die Frage der Selbstbestimmung der Bevölkerung von Bougainville über ihre politische Zukunft, die Frage der Unabhängigkeit Bougainvilles, die Frage eines diesbezüglichen Referendums und die Frage der Kupfermine. Es wird viel Geduld und einen langen Atem brauchen, diese Fragen zu klären. "Unmelanesische Hast" jedenfalls wäre völlig unangebracht und kontraproduktiv.

Volker Böge, Hamburg

## **Hungersnot in Papua-Neuguinea**

Eine nie dagewesene, extreme Dürreperiode hat in diesem Jahr große Teile Papua-Neuguineas heimgesucht. Die Trockenheit wird auf die Auswirkungen des Wetterphänomens El Niño zurückgeführt und übertrifft in Dauer und Intensität die Trockenperioden der späten 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts und die des ersten und fünften Jahrzehnts unseres Jahrhunderts.

Normalerweise sind die Niederschlagsmengen in den meisten Gegenden Papua-Neuguineas mehr als ausreichend für die Bewässerung der Gärten und Felder sowie für die Landwirtschaft allgemein. Doch schon im Januar dieses Jahres konnte in einigen Regionen des Landes der Beginn der

klimatischen Veränderung festgestellt werden. Im Juli war die Trockenheit dann in weiten Regionen des Landes zu spüren. Gleichzeitig fielen die Nachttemperaturen drastisch. Das hat im westlichen und südlichen Hochland an vielen Stellen verheerenden Frost verursacht, vor allem in Höhen von über 2.200 m in den Provinzen Enga, Südliches Hochland, Westliches Hochland und Zentrale Provinz. Gemüseärten wurden zerstört. Die Menschen hungern.

Auch die Küstenregionen sind betroffen. Hier und auf den Inseln trocknen die Trinkwasserquellen aus, Gärten verbrennen als Folge von schnell um sich greifenden Waldbränden.

13 Experten-Teams haben unter der Koordination der australischen *Agency for International Development* (AusAID) landesweit die Schäden in Augenschein genommen und im Oktober ihre Auswertung vorgelegt. Sie ist auch im Internet unter [www.ausaid.gov.au](http://www.ausaid.gov.au) abzurufen. (Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die folgenden Angaben auf diese Quelle.)

Die Versorgungslage wird sich im Lauf des Jahres drastisch verschlechtern, nämlich in dem Maß wie die Menschen ihre Vorräte bzw. die nicht geschädigten Früchte verbrauchen. So gibt das Gutachten für die Bevölkerung, die sich nur unzureichend oder gar nicht selbst ernähren kann, folgende Zahlen an :

Oktober	80.000
Ende Oktober	150.000
November	225.000
Dezember	445.000

Die Zahl der betroffenen Menschen wird danach von Monat zu Monat wachsen.

Die Bevölkerung muß nun ihre eigenen Sparguthaben und andere Reserven angreifen, um ersatzweise Lebensmittel zu kaufen. Aber weil die Kaffee-Saison im Oktober vorüber war und auch die anderen landwirtschaftlichen Produkte wie Kakao, Betelnüsse und Gemüse für die Vermarktung unter der Trockenheit gelitten hatten, wird in den kommenden Monaten deutlich weniger Bargeld im Umlauf sein als sonst.

Auch die Wasserversorgung hat sich drastisch verschlechtert. Die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung in PNG muß nun auf Wasserquellen zurückgreifen, die sie normalerweise nicht für Trinkwasser nutzen würde. In vielen Fällen ist das verunreinigte Wasser aus größeren Flüssen, in denen sich Abfallstoffe von Tier und Mensch befinden. Gerade die Frauen und Mädchen werden nun verstärkt belastet, wenn sie Wasser herbeitragen müssen, obwohl sie durch fehlende Ernährung geschwächt sind.

Bei der Trockenheit breiten sich Brände schnell aus und die Rauchbildung behindert vielfach den Flugverkehr, auch auf größeren Flugplätzen. Große

Waldbestände in Aufforstungsbereichen und Plantagen sind bereits den Flammen zum Opfer gefallen, aber auch Gartenland und ganze Dörfer wurden vernichtet.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung verschlechtert sich rapide. Die Dorfschulen mußten rund zur Hälfte ganz oder teilweise geschlossen werden, um den Kindern Zeit für die Nahrungs- und Wasserbeschaffung zu geben. Wegen des Wassermangels mußten zahlreiche Einrichtungen des Gesundheitswesens geschlossen werden.

Während die Zentral-Regierung in Port Moresby recht bald 4 Mio. Kina für Soforthilfe zur Verteilung in den betroffenen Regionen zur Verfügung gestellt hatte und Teams überall im Land den Grad der Bedürftigkeit feststellten, bildete sich in der Bevölkerung Unmut über die nur zögerlich anlaufende Hilfe. Auch mußte geklärt werden, wie die friedliche Verteilung der Güter sichergestellt werden kann. Premier Bill Skate hatte darüber hinaus zugesagt, weitere 30 Mio. Kina bereitzustellen.

Allerdings ist der Transport der Hilfsgüter auf der einzigen Fernstraße ins Inland der Hauptinsel, dem Highlands Highway, zunehmend von Plünderungen bedroht. Polizeiberichten zufolge wurden Straßenblockaden und bewaffnete Überfälle in weiten Teilen des Landes gemeldet, vor allem am Kassam Paß, im Bereich Yonki, Chuave, Sinasina, Mingende, bei der Waghi-Brücke, bei Minj und Kudjip, bei Nebilyer und auf der Strecke Mendi - Tari. Als Konsequenz haben Speditionen ihre Fahrten teilweise absagen müssen. (National 21.10.97)

Mit Hilfe von Flugzeugen und Schiffen der Australischen Streitkräfte beteiligt sich Australien an der Verteilung der Hilfsgüter in abgelegenen Regionen. Nach den ersten fünf Wochen ihres Einsatzes konnte die Royal Australian Air Force berichten, daß sie Hilfsgüter für rund 60.000 Menschen in fünf am stärksten betroffene Provinzen geliefert hat. Die Lebensmittellieferungen wurden von AusAID finanziert und umfassen vor allem Reis, Mehl und Speiseöl.

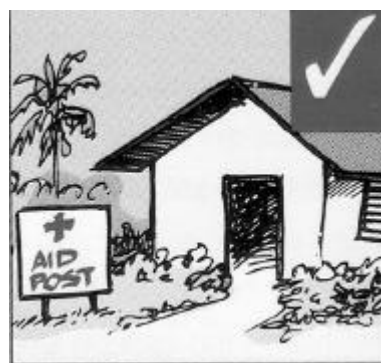
Experten weisen darauf hin, daß die mittlerweile registrierten Regenfälle nicht ausreichen, um die Auswirkungen der Trockenheit auszugleichen. Sogar bei ausreichenden Regenfällen im Dezember - so wird vorausgesagt - wird die Bevölkerung solange auf Hilfe angewiesen sein, bis sie wieder selbst pflanzen und ernten kann (Post Courier 4.12.97). Um den Rehabilitations-Prozeß zu beschleunigen, wurden nun in Manus bereits Setzlinge für eine Süßkartoffelart verteilt, die nur einen Monat bis zur Ernte benötigt (Independent 28.11.97).

Die Kirchen PNGs haben sich an ihre überseeischen Partnerorganisationen

gewandt und auch um Mithilfe gebeten. Die Maßnahmen werden international über die Katastrophen-Hilfsstelle *Action by Churches Together (ACT)* des Lutherischen Weltbundes und des Ökumenischen Rats der Kirchen in Genf koordiniert. Kirchengemeinden aus den Bereichen der deutschen Missionswerke mit PNG-Verbindung (Nordelbien, Leipzig und Bayern) beteiligen sich durch Sonderkollekten an den Hilfsmaßnahmen.

Wolfgang Wendt, Neuendettelsau

Ratschläge aus einer an die Bevölkerung verteilten Broschüre:



## **Seminarankündigung:**

### **"OHNE MOOS NIX LOS" Seminar des Pazifik Netzwerks vom 13. bis 15. März 1998 in Darmstadt**

Das Pazifik Netzwerk lädt ein zu seinem jährlichen Seminar, bei dem dieses Mal wirtschaftliche Abhängigkeiten verschiedener Pazifikstaaten beispielhaft behandelt werden sollen.

Politische Unabhängigkeit bedeutet für die meisten der Pazifikstaaten gleichzeitig ein Ende der bisherigen finanziellen Unterstützung. Im Rahmen des Seminars sollen Zusammenhänge aufgezeigt und Auswirkungen für die betroffenen Staaten dargestellt werden.

In das Seminar integriert wird die Mitgliederversammlung des Pazifik Netzwerks sein, zu der auch Nicht-Mitglieder herzlich eingeladen sind.

Außerdem gilt es, das zehnjährige Bestehen des Vereins gebührend zu feiern. Ihr könnt/ Sie können daher außer Interesse und Engagement für die Arbeit auch gute Laune und flotte Ideen für unsere Jubiläumsfeier mitbringen!

### **"OHNE MOOS NIX LOS"**

#### **Die neuen Abhängigkeiten der pazifischen Inselstaaten**

Freitag, den 13. März 1998

18:00                   Ankunft und Abendessen

19:30                   Begrüßung  
Kurzberichte der TeilnehmerInnen  
Informationsaustausch, was gibt es Neues zu  
☞ Regenwaldnutzung

- ✍ Treibhauseffekt
- ✍ El Niño
- ✍ Westpapua
- ✍ Osttimor
- ✍ Kampagne gegen Goldabbau
- ✍ Tourismus

22:00 Hiti-Tau-Video "*Building a New Nation*" (in deutscher Fassung)  
(alternativ: "*Westpapua - ausgebeutet, unterdrückt, vergessen*", Video der Pazifik-Informationsstelle)

Samstag, den 14. März 1998

7:30  
bis 9:00 Frühstück

9:00 **Das Lomé-Abkommen - Zukunft europäischer Entwicklungspolitik im Pazifik?**  
Klaus Schilder

**Welche Bedeutung haben multilaterale Organisationen - wie EU, Weltbank und IWF - im Pazifik?**  
Heide Lienert-Emmerlich

10:00 Kaffeepause

10:30 **Wirtschaftliche Situation im Südpazifik nach dem Atomteststopp  
Französisch-Polynesien - Leben ohne Atom. Eine Inselökonomie auf der Suche nach Alternativen**  
Pierre Jardin

**Hiti-Tau-Frauenkooperative, Tahiti**  
Angelika Regel

11:30 **Kanaky - vor der Unabhängigkeit?**  
Volker Böge

12:30 Mittagessen

14:30 **Mikronesien nach Ende des kalten Krieges (Schwerpunkt Guam)**  
Ute Guthunz

- 15:15            **Atommüll-Lagerung als finanzieller Ausweg für die Marshall-Inseln?**  
                  **Woher kommt das Geld in Kiribati?**  
                  Ingrid Schilsky
- 15:45            Kaffeepause
- 16:15            **Mitgliederversammlung des Pazifik Netzwerkes**  
                  Berichte der Infostelle, des Ausschusses und des Vorstandes
- 18:00            Abendessen
- 19:30            **Mitgliederversammlung des Pazifik Netzwerkes**  
                  Neuwahl des Vorstandes
- 21:00            **10 Jahre Pazifik Netzwerk**  
                  Feier!

### Sonntag, den 15. März 1998

- 7:30  
bis 9:00        Frühstück
- 9:00            Zukünftige Arbeit, z.B.  
                  ✍ Auswirkungen von El Niño  
                  ✍ Zusammenarbeit mit der Kampagne gegen Goldabbau  
                  ✍ Kanaky  
                  ✍ Tourismus  
                  ✍ Internet-Verknüpfungen
- 12:30            Mittagessen und Seminarende

Der Seminarbeitrag beträgt DM 80,-, für Schlechterverdienende DM 60,-. Der Beitrag kann auf Antrag weiter ermäßigt werden.  
Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern.

### Infos und Anmeldeunterlagen bei der:

Pazifik-Informationsstelle, Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel.: 09874/9299, Fax: 9330, e-mail: 101342.1663@compuserve.com (✍ ab 2.1.1998: Tel.: 09874/91220, Fax: 93320).



Anmeldungen bitte bis 23. Januar 1998 bei:

Maja Messner, Lange Furche 3, 72072 Tübingen, Tel./ Fax: 07071 - 785 20

## Buchbesprechung

### ***Stoppt den Waffenhandel mit Indonesien!***

**European Network Against Arms Trade (ENAAT): Indonesia: Arms Trade to a Military Regime. Amsterdam, Juni 1997, 124 S., ISBN 90-803702-1-5, US\$ 8,-**

Zum ersten Mal soll Bill Clinton Interesse an einem Referendum über den Status von Osttimor gezeigt und scharfe Kritik an der dortigen Menschenrechtslage geäußert haben. Dies war in der portugiesischen Zeitung *Expresso* im Februar diesen Jahres zu lesen, die einen Brief des Präsidenten an den US-Senat veröffentlichte. Dennoch ist die USA neben Großbritannien, Frankreich und Deutschland Hauptlieferant für die tödlichen Waffen an Indonesien. Seit Mitte der 80er Jahre verläßt sich Indonesien fast ausschließlich auf diese Handelspartner, aber bereits bei der Invasion in Osttimor (1975) stammten 90 Prozent der Militärausrüstung aus den USA.

Dieser Widerspruch zwischen offiziellen Erklärungen sowie der öffentlichen Meinung (z.B. in Finnland sprachen sich über 80 Prozent der Menschen in einer Umfrage gegen den Waffenexport nach Indonesien aus) und der wirtschaftsorientierten Realität zeigt sich auch bei den anderen Exportländern.

16 Kampfflugzeuge vom Typ Hawk verkaufte Großbritannien an Jakarta im Juli diesen Jahres, trotz der Wahlkampfzusage Blairs, den Waffenhandel mit Indonesien einzustellen.

*Indonesia: Arms Trade to a Military Regime* ist die zweite Veröffentlichung der Kampagne *STOP Arming Indonesia* des Europäischen Netzwerks gegen Waffenhandel (ENAAT). Die erste Publikation *STOP Arming Indonesia; a european perspective on arms trade to a military regime* erschien im September 1994. Seitdem arbeiten Teilnehmer des ENAAT an einer weltweiten Kampagne, um einen Boykott des Waffenexports nach Indonesien zu erreichen.

ENAAT ist ein Netzwerk von Basisorganisationen, Forschern und Lobbyisten aus elf europäischen Ländern, die sich für eine Begrenzung des Waffenexports und auch der Waffenproduktion aussprechen, vor allem in Länder, die die Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung einsetzen.

Das Buch gibt nicht nur einen genauen Überblick über 14 Länder (Australien, USA, Kanada, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Spanien, Schweden, Schweiz und Großbritannien, des weiteren

die Politik der EU gegenüber Indonesien), die zu den wichtigsten Exportländern für Waffen gehören, sondern verschafft auch einen Einblick in die breite Protestbewegung gegen dieses schmutzige Geschäft. Der Schwerpunkt bei den Ländern gilt den USA und Australien, während zum Beispiel das Geschäft zwischen Deutschland und Indonesien in einem kürzeren Beitrag behandelt wird, jedoch wurden auch hier über 680 Exporte von Waffen und Militärausrüstung getätigt.

Bei den Exportländern fehlt jedoch ein Beitrag zu Rußland, welcher gerade in den letzten Monaten sehr aktuell wurde. Mit Moskau war die Lieferung von zwölf Suchoi-30-Kampfflugzeugen vereinbart worden. Sie sollten die neun F-16 ersetzen, die Washington ursprünglich angeboten hat. Des Weiteren wurde der Kauf von acht russischen Mi-17-IV-Militär-Hubschraubern bekannt.

Die Einleitung schrieb José Ramos-Horta, Friedensnobelpreisträger und Repräsentant des CNRM, der Dachorganisation aller osttimoresischen Widerstandsgruppen. Er erläutert darin, warum der Verkauf von Waffen an das indonesische Regime gestoppt werden muß.

Der Herausgeber des Buches, Martin Broek, zeigt in dem Kapitel über das indonesische Militär (ABRI) auf, daß diese Armee in erster Linie ein Apparat ist, der zur Unterdrückung der indonesischen Bevölkerung dient und gegen das Volk in Osttimor und Westpapua eingesetzt wird. Die doppelte Funktion (*dwifungsi*) der Armee als soziales Kontrollinstrument der Gesellschaft und als Verteidigungsapparat nach außen wie nach innen wurde bereits 1965 proklamiert. In diesem gegen das eigene Volk gerichteten Unterdrückungskampf spielen die Waffen aus dem Westen eine entscheidende Rolle. Ohne den Einsatz der speziellen Aufstandsbekämpfungsflyer (OV-10 Bronco) und Hubschrauber aus den USA wäre es nicht möglich gewesen, all diese Verbrechen gegen die indigene Bevölkerung zu begehen.

*Indonesia: Arms Trade to a Military Regime* liefert dem Leser, der in Solidaritätsbewegungen oder Kampagnen gegen Rüstungsexport aktiv ist oder werden möchte, fundierte Informationen für seine Arbeit. Die Argumentationslinie dieser Aufsätze und der Überblick über das Ausmaß dieser Waffenexportpolitik sowie weitere Literaturhinweise und zahlreiche Kontaktadressen in den angesprochenen Ländern motivieren zu offener Kritik an diesem tödlichen Exportgeschäft und dem menschenrechtsverletzenden Regime.

Simone Königer, Essen

## Neuere Literatur

amnesty international: **East Timor. The Mahkota Hotel Demonstration Trials.** (AI Index: ASA 21/37/97), London 1997, 6 S.

amnesty international: **East Timor. Respect for Human Rights - The precondition for a political solution.** Statement before the UN Special Committee on Decolonization. (AI Index: ASA 21/40/97), London 1997, 5 S.

amnesty international: **East Timor. Xanana Gusmão - A Briefing.** (AI Index: ASA 21/58/97), London August 1997, 5 S.

amnesty international: **Indonesia. The need to protect journalists.** (AI Index: ASA 21/60/97), London September 1997, 7 S.

amnesty international: **East Timor. Truth, justice and redress.** (AI Index: ASA 21/81/97), London November 1997, 10 S.

amnesty international: **Indonesia. The PRD Prisoners: A Summary of Amnesty International's Concerns.** (AI Index: ASA 21/56/97), London October 1997, 32 S.

European Network Against Arms Trade (ENAAT): **Indonesia: Arms trade to a Military Regime.** Amsterdam, Juni 1997, 124 S., ISBN 90-803702-1-5, US\$ 8,-

Moimoi, Aneti M.: **Der Traum von den freundlichen Inseln.** Adliswil, Tanner-Verlag 1997, 416 S., ISBN 3 - 908529-03-4, DM 27,80

Hviding, Edvard: **Guardians of Marovo Lagoon. Practice, Place, and politics in Maritime Melanesia.** Pacific Islands Monograph Series, University of Hawai'i, Bd. 14, Honolulu 1996, 512 S.

Stock, Christian (Hrg.): **Trouble in Paradise - Tourismus in die Dritte Welt**. Herausgegeben in Kooperation vom Bund der Deutschen Kath. Jugend und vom Informationszentrum Dritte Welt (iz3w). Düsseldorf/Freiburg 1997, ISBN 3-922263-15-1, DM 29,80

Herausgegeben von der Pazifik-Informationsstelle  
Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel. 09874-9299,  
Fax 9330 (☎ ab 2.1.1998: Tel. 09874-91220, Fax 93320),  
e-mail: 101342.1663@compuserve.com,  
Redaktion: Susanne Piegsda

# Medienpaket "Moruroa"

## **SOS Moruroa**

### **Französische Atomtests im Pazifik**

Von Ulrich Delius,

Hrsg.: Pazifik-Informationsstelle, Neuendettelsau 1990,

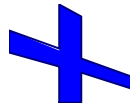
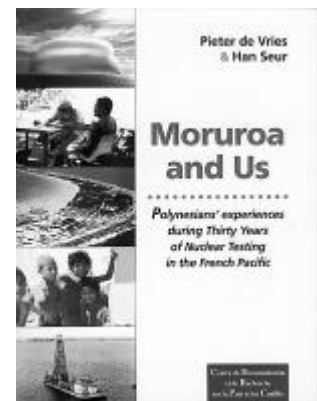
79 Seiten mit zahlreichen Illustrationen und Karten

DM 11,80



**Moruroa and Us**  
**Polynesians' Experiences during Thirty Years of Nuclear**  
**Testing in the French Pacific** (engl. Fassung)

Von Pieter de Vries und Han Seur,  
 Hrsg.: Centre de Documentation et de la Recherche sur  
 la Paix et les Conflits, Lyon 1997,  
 222 Seiten mit zahlreichem Karten- und Datenmaterial  
 DM 24,90



**HITI TAU**

**Building a New Nation** (deutsche Fassung)  
 Ein Video des Pazifik Netzwerk e.V. und der Pazifik-  
 Informationsstelle, Neuendettelsau 1998,  
 26 Minuten  
 DM 24,90



**statt DM 61,60 zum Sonderpreis**  
**von DM 49,90 (zzgl.**  
**Versandkosten)**

Ab Januar 1998 beziehbar über die  
 Pazifik-Informationsstelle, Postfach 68,  
 91561 Neuendettelsau, Tel.: 09874 -  
 91220; Fax: 09874 - 93320; e-mail:  
 101342.1663@compuserve.com